

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Freitag: Monats-Preise sind ab 1. April: Bei Abnahme von 10 Exemplaren 1.50 RM, bei Abnahme von 20 Exemplaren 2.00 RM, bei Abnahme von 50 Exemplaren 4.00 RM, bei Abnahme von 100 Exemplaren 7.00 RM, bei Abnahme von 200 Exemplaren 12.00 RM, bei Abnahme von 500 Exemplaren 25.00 RM, bei Abnahme von 1000 Exemplaren 45.00 RM. Einzelhefte 1.00 RM. Postgebühren sind inbegriffen. Bestellungen sind an den Verleger zu richten.

Verlagsanstalt: Der Grundbesitz für die 20 mm breite abspaltige Schrift ist durch 20 Spalten, für die 14 mm breite abspaltige Schrift durch 14 Spalten, für die 10 mm breite abspaltige Schrift durch 10 Spalten, für die 8 mm breite abspaltige Schrift durch 8 Spalten, für die 6 mm breite abspaltige Schrift durch 6 Spalten, für die 4 mm breite abspaltige Schrift durch 4 Spalten, für die 2 mm breite abspaltige Schrift durch 2 Spalten. Die Schrift ist in der Regel in der Größe 10 bis 12 gesetzt. Die Schrift ist in der Regel in der Größe 10 bis 12 gesetzt. Die Schrift ist in der Regel in der Größe 10 bis 12 gesetzt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Fichta, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederweiza. Kolonialdruck und Verlag: C. G. Rohberg (Inhaber Ernst Rohberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Diegerl, Frankenberg.

Nr. 148 Freitag den 27. Juni 1924 nachmittags **83. Jahrgang**

Eine Pariser Abfrage an die Reichsregierung

Keine Regierungsbesprechungen über die Micum-Verträge — Frankreich will den Zusammenbruch der Ruhrindustrie — Herriot auf dem Wege Poincarés

Angesichts der rechtlich und finanziell ganz unhaltbaren Zustände, die sich für die Bergindustrie des Ruhrreviers aus den Micum-Verträgen entwickelt haben, hat die Reichsregierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris — der Vorkämpfer Herr von Gossch, weist bekanntlich im Augenblick zur Verzichtserstattung in Berlin — am Quai d'Orsay Anregung lassen, die Verlängerung der Micum-Verträge durch Verhandlung von Regierung zu Regierung zu regeln. Die Anregung der Reichsregierung ist vom französischen Kabinett abgelehnt worden.

Diese uns nicht weiter unerwartete kommende Haltung Herriots dürfte in der Wilhelmstraße und bei den Mittelparteiern um so alarmierender wirken, als vor 14 Tagen bei der provisorischen Verlängerung der Micum-Verträge zwischen Micum und Sachverständigen der deutschen Industrie durchaus Hoffnung darauf gemacht worden war, daß eine solche Regelung würde Platz greifen können. Diese Ueberzeugung muß jeder teilen, wer die Politik des französischen neuen Kabinetts gegenüber Deutschland von sachlichen Beweggründen motiviert geglaubt hat. Denn sachlich ist der jetzige Zustand völlig unhaltbar. Die Industrie kann die Belastung mit der ungeheuerlich hohen Reparationsabgabe, die der Zwang zu unbegrenzten Kohlenlieferungen an Frankreich bedeutet, einfach nicht mehr tragen. Die Verhandlungen von Regierung zu Regierung hätten die Möglichkeit gegeben, diese Abgabe zu finanzieren, und wir glauben richtig dahin unterrichtet zu sein, daß das Reichskabinett nach Paris hatte anbieten lassen, zu diesem Zwecke

Vertrag bedeuten. Ich habe es für richtig befunden, die Frage der interalliierten Schulden aufzuwerfen. Mac Donald erklärte sich bereit, sie unverzüglich wieder zur Sprache zu bringen. Ich habe auf die ungünstige Situation hingewiesen, in der sich Frankreich befinden würde, wenn es in diesem Punkte nicht eine angemessene Lösung erlange. Herriot lagt zum Schluß: Wir haben erklärt, daß an dem Tage, an dem Deutschland den Verpflichtungen des Versailler Vertrages nachgekommen ist, es von ihm abhängen wird, in den Völkerverbund einzutreten. Wir haben uns dahingehend verständigt, daß wenn Deutschland loyal ist, es nicht beunruhigt werden soll, ist es nicht loyal, so wird es nicht geholt werden. (Beifälliger Beifall.) In der Kammer hat Herriot eine fast identische Erklärung vorgelesen. In Beantwortung einer Reihe von Anfragen des Abgeordneten Kolb. Der Senat sprach Herriot mit 337 gegen 97 Stimmen das Vertrauen aus, jedoch hat sich der größte Teil der Rechten der Stimme enthalten.

Ein Schritt der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion teilt mit: Die Deutschnationale Reichstagsfraktion betrachtet mit erster Sorge die Entwicklung der äußeren Lage und sieht der unmittelbar bevorstehenden Entscheidung der Regierung über die Militärkontrollen in Verbindung mit den weiteren Fragen der Räumung des besetzten Gebietes und der von Frankreich verlangten sogenannten Sicherheiten mit schweren Bedenken entgegen. Sie ist entschlossen, ihren Standpunkt noch rechtzeitig zur Geltung zu bringen. Nachdem das in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses unmöglich gewesen ist, hat der Fraktionsvorsitzende an dem Herrn Reichskanzler das förmliche Ersuchen gerichtet, Vertreter der Fraktion im Beisein des Herrn Außenministers zu empfangen. Der Empfang ist auf Freitag vormittag angesetzt worden.

Englisch-französische Mißverständnisse.

Verlegenheit in London. — Verzögerung der Londoner Konferenz?

Die sogenannten Mißverständnisse zwischen Paris und London werden immer interessanter. Sie beziehen sich, wie sich jetzt herausstellt, nicht nur auf den Wortlaut des amtlichen Berichts über die Besprechungen von Chequers und auf das angebliche Defensivabkommen, sondern auch auf die Veröffentlichung der letzten alliierten Mitteilungen an die Berliner Regierung in der Entwaffnungsfrage. Die Verlegenheit auf englischer Seite ist offenbar nicht gering. Mac Donald hat sein hartnäckiges Schwelgen noch immer nicht getrocknet und auch die Erklärungen der Zeitungen sind noch wie vor unzureichend und unklar. Es bestätigt sich, daß Mac Donald telegraphisch Herriot an die Vertraulichkeit der Besprechung

erinnerte. Andererseits soll Mac Donald durch Vermittlung des Pariser Vorkämpfers von Herriot erfragt worden sein, die bestehenden Mißverständnisse umgehend aufzuklären. Das ganze ist eine amüsante Illustration der neuen Politik des Vertrauens*, auf die die Westmächte so stolz sind. Die politische Tragweite dieser Auseinandersetzungen zwischen Paris und London läßt sich noch nicht übersehen, aber sie bedeutet jedenfalls einen

erheblichen Rückschlag

der ganzen Entwicklung. Einige Gerüchte, deren Bestätigung allerdings abgewartet werden muß, wollen bereits schon wissen, daß die Londoner Konferenz versagt werden würde. In Deutschland sollte dieser Zwischenfall jedenfalls zu der Erkenntnis führen, daß die größte Vorsicht bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage geboten ist. Besonders fesselnd es sich um unbestimmte Versprechungen handelt, die von alliierten Seite gegeben wurden, um Deutschland zur Annahme des Finanzbereiches zu veranlassen. Das bezieht sich sowohl auf die Anleihe, die Räumungsfrage, wie auch auf die meisten anderen Hauptfragen. Auch in der Entwaffnungsfrage

scheinen Mißverständnisse zu bestehen. In Berlin herrscht offenbar die durch englische Äußerungen genährte Auffassung, daß sich die Alliierten verpflichteten, die neuen Kontrollmaßnahmen als die letzten zu betrachten. Davon ist keine Rede. Der offizielle Standpunkt, auf den sich die Alliierten gemeinsam festgelegt haben, ist vielmehr der, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten fortsetzen wird, bis sie sich überzeugt hat, daß die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt ist.

Die deutschen Turner und Sportler gegen Rollet.

Von den Vorstehenden der beiden die Gesamtheit der deutschen Turn- und Sportvereine umfassenden Verbände — dem Deutschen Reichsausschuß für Selbstübungen und der Zentralkommission für Arbeiter-Turnen und Sport — gehen uns die nachstehenden Erklärungen zu:

Nach einer in der deutschen Presse verbreiteten Mitteilung, hat der jehle französische Kriegsminister, General Rollet, einem englischen Journalisten gegenüber die Behauptung aufgestellt, daß außer dem Heere andere verkappte

militärische Organisationen, besonders Turnvereine, die ganze militärische Ausbildung vermitteln und von der Heeresleitung mit Waffen und mit Munition ausgerüstet werden. Demgegenüber stelle ich fest, daß die deutschen Turn- und Sportvereine lebhaftig Selbstübungen in der Form treiben, wie sie die Turn- und Sportvereine der ganzen Welt pflegen, daß aber in Deutschland gerade seit Kriegsende das völlig ausgefallene ist, was in anderen Ländern als Verbindung zwischen Turnen und Sport einerseits und dem Militär andererseits besteht. Während in Frankreich die staatliche Förderung der Turn- und Sportvereine vom Kriegsministerium ausgeht, während in Belgien eine unter Aufsicht des Kriegsministeriums stehende Turnpflicht die Jugend erfaßt, haben die deutschen Turn- und Sportverbände keinerlei organisatorische oder tatsächliche Verbindung mit der Reichsmehrheit; während bei den gegenwärtig in Frankreich abgehaltenen olympischen Spielen Wettstreiten mit Militär gewehren veranstaltet wird, ist in Deutschland durch die Ablieferung aller Kriegswaffen nur das Schießen mit dem Kleinkalibergewehr möglich. Die Turn- und Sportvereine — auch die unter dem Druck der Besatzungstruppen leidenden im besetzten Gebiet — haben ihre Übungsweise in nichts geändert, vermitteln keine militärische Ausbildung und besitzen keinerlei Militärwaffen. Die oben bezeichneten Behauptungen entbehren daher jeder Grundlage.

gez. Dr. H. Oswald.

Für die deutschen Arbeiter-Turn- und Sportvereine erkläre ich alle Nachrichten über Militarisierung für unwahr. gez. Bildung.

Befoldungsabstimmung im Reichstag

Im Reichstag wurde am Donnerstag zunächst das deutsch-polnische Abkommen über die Rechte der Mitglieder und Beamten des gemeinschaftlichen Oberkomitees der ober-schlesischen Eisenbahnen in allen drei Sprachen angenommen. Es folgten sozialpolitische Anträge. Auf der Tagesordnung standen dann 45 Anträge aller Parteien über sozialpolitische Fragen. Verbunden wird damit die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftskrise und ein Antrag der Nationalsozialisten auf Vorlegung eines Besetzungswarfs, der den deutschen Frontkämpfern die Vorräte im Staate einräumen soll, die sie sich mit ihrem Werte vor dem Feinde erstritten haben. Als Vertreter der Deutschnationalen richtet in seiner Jungferrede der Abg. Seidt einen Appell an das Weltgewissen, den Notleidenden eines sterbenden Volkes zu hören. Der Redner dankt den barmherzigen Menschen, die die Volkspeinungen ermöglicht und dadurch Tausende vom Hungertode gerettet haben. Die heilberühmte Bestimmung sei niemals so stark gewesen wie in diesen Zeiten der Not. Aufreißend würde die Schimmerel und Prasserel gewisser Kreise. Der Redner fordert dann beschleunigte Herstellung von neuen Wohnungen. Das Schlimmste für den Staat sei die Spaltung des Volkes durch den Klassenkampf. Wir bedürfen der sozialen Verbindung.

Präsident Balltraff ist wegen der offensichtlichen Beschlunfähigkeit des Hauses genötigt, die auf 11 1/2 Uhr festgesetzte Abstimmung über die Beamtenanträge zu verschieben. Abg. Graßmann (Soz.) erkennt den sozialpolitischen Opfer des Vorredners an. Die Wohnungen gegen die Schwelgereien sollte der Vorredner an seine Parteifreunde richten. (Widerpruch rechts.) Fürst Bismarck hat einmal gesagt, daß es ohne die Sozialdemokratie und ohne die Fürst vor der Sozialdemokratie keine Sozialpolitik geben würde. (Lachen rechts.) Der Redner bespricht dann die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Gegen 1 1/2 Uhr werden die Verhandlungen unterbrochen. Es wird die Abstimmung über die Anträge zu den Beamtenfragen vorgenommen. Bekanntlich schlägt der Hauptauschuß vor, die von der Regierung in Aussicht gestellten 71 1/2 Millionen Mark zur Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen I bis VI zu verwenden. Ferner sollen noch allgemein für alle Beamtengruppen Erhöhungen der Kinder- und Frauenzulagen vorgenommen werden. — Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Ermächtigung zur Änderung des Befoldungsgesetzes wird an den Hauptauschuß zurückverwiesen.

Der kommunistische Antrag, die Befoldungsgruppen I bis VII und die Gruppen über XIII zu befeitigen, wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Ein Antrag v. Graefe (Nat.-Soz.), die Erhöhung der Grundgehälter auch auf die Gruppen VII und VIII auszuweiten, wird gegen die Antragsteller abgelehnt, da sich dadurch der Betrag, der auf den einzelnen kommen würde, noch verringern würde. Ebenfalls gegen die Antragsteller abgelehnt wird der kommunistische Antrag, nicht 71 1/2 sondern 800 Millionen Mark an Erhöhungen auszuwerfen. Darauf werden die Anträge des Hauptauschusses mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten angenommen.

Durch diese Abstimmungen sind sämtliche anderen Befoldungsanträge erledigt. Die Anträge zum Personalabbau werden dem Abbauschuß überwiesen. — Damit sind die Abstimmungen erledigt.

Frau Teusch betont, daß das Zentrum immer die Sozialpolitik gefördert habe. Die Rednerin wünscht, am Abendabend festzuhalten, der aber nicht zum festen Schema werden dürfe; er müsse den Produktionsnotwendigkeiten angepaßt werden. Als darauffolgt der Kommunist Stetter eine bildliche Rede beginnt, leeren sich rasch die Bänke des Hauses. Außer der kommunistischen Partei und einzelnen Beobachtungsposten sind kaum noch Abgeordnete anwesend. Stetter greift die überlaun Parteken ichaft an, daß sie nicht für

200 Millionen Goldmark

aus den Eisenbahneinnahmen flüssig zu machen. Frankreichs Belagerung, darauf einzugehen, bedeutet nicht nur ein hartes Festhalten an dem System der „fokalen Pfänder“, sondern es bedeutet darüber hinaus auch den Willen, die Ruhrindustrie zum finanziellen Zusammenbruch zu bringen. Die allerbestehenden wirtschaftlichen Vorkenntnisse lassen erkennen, daß eine Fortsetzung der Micumverträge als Belohnungsverträge notwendig dieses Ergebnis haben muß; und die französische Regierung ist durch die Micum, die Interalliierte Ingenieurkommission im Ruhrrevier, selbstverständlich auf das genaueste über die Verhältnisse dort unterrichtet.

Die ohnehin schon stark wankende Zuversicht in der Wilhelmstraße und bei den bürgerlichen Mittelparteiern, daß Frankreich unter Herriot durch Annahme des Dawes-Gutachten die Reparationsfrage bereinigen werde, ist durch den unerwarteten Schlag, den die Haltung der französischen Regierung in der Micumfrage bedeutet, völlig erschüttert worden. Man glaubt auch in diesen Kreisen jetzt zu erkennen, daß in Paris „Kreise am Werke wären“, die Herriot auf die gleiche Bahn drängen auf der sich Poincaré gegenüber Deutschland ständig bewegt hat.

Die Erklärungen Herriots im Senat und in der Kammer

Paris, 26. 6. Herriot hat heute nachmittag im Senat und in der Kammer seine Besprechungen in London und Brüssel die mit Spannung erwarteten Erklärungen abgegeben. Herriot äußerte sich, wie nicht anders zu erwarten war, ziemlich zurückhaltend. Im Senat ergriß er das Wort in Beantwortung einer Anfrage des Senatspräsidenten für auswärtige Angelegenheiten. Er sagte: Die Reise nach London habe er wegen der Ausführung des Sachverständigenberichts unternommen, dessen Annahme durch die französische Regierung er erneut bekräftigt habe. Was die militärische Okkupation der Ruhr anbelangt, so sei zu keinem Augenblick die Rede davon gewesen, daß die französische Regierung sich ihrer Entschlossenheit begeben.

Macdonald wiederholte die Versicherung, daß wenn Deutschland sich den im Sachverständigenbericht angegebenen Verpflichtungen entziehen würde, Großbritannien an die Seite der Verbündeten trete. Herriot fuhr fort: In seiner Ansprache mußte ich selbstverständlich auch auf die Notwendigkeit eingehen, die Sicherung Frankreichs wahrzunehmen. Ich habe in keine Minderung der Garantien eingewilligt, die der Vertrag uns zusichert. Was die der franco-belgischen Regie unterstellten Gebiete anbelangt, so werden die Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der Sicherungen von militärischen Sachverständigen geprüft werden. (Beifällige Bewegung.)

Deutschland muß, damit Europa wieder in Frieden aufatmen kann, entwaflnet werden.

Erklärungen und Versprechungen können uns nicht genügen. Ich habe mich Abzusehen können, daß in dieser Beziehung die Auffassung Macdonalds sich absolut mit der meinigen deckt. Thomas und Hymanns, die von unserer Botschaften ausführend unterrichtet wurden, haben erklärt, daß sie mit uns völlig übereinstimmen. In keinem Augenblick hat es über einen Punkt auch nur die geringsten Schwierigkeiten gegeben. Der Augenblick wäre für die deutsche Regierung schlecht gewesen, nach neuen Verhandlungsmöglichkeiten zu suchen. Ihr Interesse bestünde darin, so schnell wie möglich die zur Ausführung der Sachverständigenpläne notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Macdonald wünscht, daß die nächste Konferenz in London stattfinden und wir haben uns damit einverstanden erklärt.

England wünscht, daß Deutschland sich durch Verpflichtungen bindet.

Ich habe sämtliche Vorkontrollmaßnahmen ergriffen, damit diese Verpflichtungen keine Neuerungen gegenüber dem Versailler

den kommunistischen Antrag, der bekanntlich die für das Reich unumgängliche Summe von 800 Millionen Mark für die Beamten fordert, gestimmt hatten. Stettin spricht vom blutigen Bürgerkrieg, durch den allein das Schicksal unseres Volkes entschieden werden könne. Der Redner schlägt unter allgemeiner Beifriede des Hauses den Nationalsozialisten einen Kompromiß vor. Die Völkischen könnten den Kampf gegen die krummen Kräfte führen, während sie, die Kommunisten die graden Kräfte bekämpfen wollen.

Abg. Thiel (D. B.) fordert eine allgemeine Aufbesserung der Renten. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten hätte Formen angenommen, wie sie sich mit der Würde des Staates nicht mehr vereinbaren ließen. Er verlangt für Rentempfänger einen angemessenen Rechtsanspruch, der durch keinerlei Verwaltungsmöglichkeiten beschränkt werden könne, ebenso müßten auch die Verbindungen für Kriegserwitwen aufgewertet werden.

Die Richtlinien der kommenden bayerischen Regierung.

Als Richtlinien für das bayerische Koalitionsprogramm sind folgende Punkte anzusehen: Nur der Staat darf die vollständige Gewalt in Händen haben, und alle Bestrebungen nach gewalttätiger Veränderung der Verfassung sind, gleich von welcher Seite sie kommen, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ferner gilt als erste Aufgabe der neuen Regierung die Pflege des nationalen Gedankens, vaterländische Bewegung darf aber nur im engen Zusammenhang mit der nationalen Obrigkeit erfolgen. Revolutionäre Beamte sind im bayerischen Staate unzulässig. Die Rechtspflege darf von keiner politischen Partei beeinflusst sein. Das Programm spricht weiter von strenger Sparsamkeit, von Milderung des Steuerdrucks, von dem Bestreben nach baldiger Erreichung der finanziellen Selbstständigkeit Bayerns und einer endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen Bayern und Reich und des Verhältnisses von Staat und Kirche.

Hoffbefehle gegen Goering und Koppach.

Wie die Münchener Allgemeine Zeitung meldet, hat der Oberreichsanwalt in Leipzig einen Hoffbefehl gegen den Hauptmann a. D. Goering und gegen den Oberleutnant a. D. Koppach wegen Beihilfe zum Schwerverbrechen erlassen.

60000 Ausgewiesene zurückgerufen

Angedachte Annullierung der Ausweisungsbefehle. Koblenz, 26. 6. Die Aencie Havas meldet, auf Verlangen des französischen Oberkommisars habe die Rheinlandkommission in einer Sitzung am 25. d. M. beschlossen, die Ausweisungsbefehle, welche sie getroffen hat, zu annullieren. 7400 Personen der französischen Zone, mit Familienangehörigen ungefähr 30000 Personen, hätten die Freisetzung erhalten, in das besetzte Gebiet zurückzuführen. Eine Liste der Personen, denen diese Maßnahme zugute komme, werde unverzüglich an die verschiedenen Delegierten der Oberkommissionen gefandt werden, um zur Kenntnis der in Betracht kommenden deutschen Behörden gebracht zu werden. Diese Liste bilde die Vorlesung der bereits vorher getroffenen Maßnahmen, welche sich auf 7400 bzw. mit Familienangehörigen auf 30000 Personen bezogen, d. h. insgesamt 60000 Personen die heute. Mehrfache Maßnahmen seien auf Verlangen des belgischen Oberkommisars für die belgische Zone getroffen worden. Keine Annullierungen für Ausweisungen seien in Vorbereitung und würden binnen kurzem beschlossen werden, nachdem die einzelnen Fälle einer Prüfung unterzogen worden seien.

Landesverband der christlichen Elternvereine

Münch., 26. 6. Am 21. und 22. Juni hielten die christlichen Elternvereine des Schulamtsbezirks Schwabmünchen in München eine schulpolitische Tagung ab, an der Vertreter und Führer der christlichen Elternvereine aus ganz Bayern teilnahmen. Die Elternrats des Erzbistums beschloß mit den Führern des Landesverbandes der christlichen Elternvereine Sachverständigenentscheidungen, in denen die Bildung eines Landeselternrates als einer Elternvertretung gefordert, die Zusammenlegung des Landeselternrates gefordert, organ die Berufung des weltlichen eingestellten Lehrers Jansch zum Vorsitzenden für Freilassung Erziehung, die Amtsenthebung des kommunistischen Schuldirektors Lehrers Hinte und der Putschisten

Der Doppelgänger

(Nachdruck verboten)

Tante Anna, die ja nicht wußte, in welcher Weise der Freier aus dem Krankenhaus hatte befreit werden sollen und was ihre Rechte darüber seien, hielt die Vermutung, daß man es mit zwei verschiedenen Leuten zu tun haben könnte, natürlich für ganz unzulässig; nicht so aber die, die es am meisten anging.

„Wie sind Sie darauf gekommen, Herrmann?“ fragte die junge Frau heftig. Und indem sie sich an ihre Tante wandte, sagte sie, gleichsam erklärend, hinzu:

„Ich tat unrecht daran, Dich von einigem, was ich tat, nicht in Kenntnis zu setzen. Ich habe nämlich zwei Detektive geschickt, mir zu helfen, und dieser junge Mann ist der eine von ihnen.“

Wolters warf sich stolz in die Brust. Er wollte beweisen, daß die junge Frau recht hatte, da sie ihn einen Detektiv nannte.

„Ja,“ erwiderte er großartig; das sollte gewissermaßen eine Antwort auf Gerths letzte Worte sein. „Aber dem besten von und lauzen Fehler mit unter. Ich hätte Ihnen davon erzählen müssen, daß ich am Rai von Southampton einen Mann traf, der Herrn —“ er zögerte einen Augenblick, sagte aber dann doch sehr sicher: „Herrn Burchardt sehr ähnlich sah, so ähnlich, daß jeder die beiden Herren verwechseln möchte. Ich zeigte ihm auf sein Verlangen die Depesche an Herrn Kernardt, die die Nachricht enthält, daß wir nach Ermuthung wären.“

Er machte eine kleine Kunstpause, aber Gertha forderte ihn durch eine ungeduldige Handbewegung auf, weiter zu sprechen. Wolters beschrieb nun sein Erstaunen, wie er, auf die Nacht zurückgekehrt, Burchardt schon beim Abendessen traf, vollständig ungeschicklich und offenbar schon längere Zeit bei Tisch.

„Er hätte nicht Zeit genug gehabt, sich unzulässig und zu essen, seit ich ihm das Telegramm gezeigt,“ fuhr er fort. „Ich bin den kurzen Weg bis zur Post fast ganz gerannt, und ebenso schnell zurückgekehrt. Außerdem war ja nur die Plunse von der Nacht an Land; und wenn er die bemerkt hätte, hätte es mir der zweite Steuermann sicher erzählt. Ich fand mich nicht zurecht. Aus Furcht, eine Dummheit begangen und dem unredlichen Mann die Depesche gezeigt zu haben, schwieg ich von dem Vorfall. Ich hoffte, es würde nichts Unangenehmes daraus entstehen. Und außerdem war ich nicht ganz gewiß, ob nicht doch vielleicht Herr Burchardt am Hafen anwesend war.“

Lehrern, mit der er ein ehewirtiges Verhältnis unterhalten hat, gegen die Vergewaltigung von Staatsmitteln für den Gebrauch beschuldigten Reichsschulrats Vrsi Verwahrung eingelegt, die gerichtliche Entscheidung über den Lehrer Bau wegen Gotteslästerung beantragt, die Beurlaubung der Verlichschulden beantragt, die Kinder von den Verlichschulden von der Konfirmation auszuschließen beantragt und die Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf dem Boden der Bekehrungsschule lebender Lehrer gewünscht werden. Die Predigt im Festkollektiv hielt Konfessorrat Dinter. Es sprachen Landesgerichtsrat Dr. Fering, Frau Dr. Hummel-Allenburg und Oberlandesdirektor Richter-Kue. Mit Entschiedenheit rang die Tagung aus, die innerhhalb des Reichsschulrat fordern, die Durchführung des Religionsunterrichtes unter Aufhebung der Verordnungen vom Dezember 1918 und Januar 1921 erstreben und die Erhaltung christlicher Seminare verlangen. Diese Willensäußerung der maßvoll emporkommenden christlichen Elternbewegung, die im Erzgebirge unter Leitung des Schabrats Rohrer-Aue alle Widerstände überwindet, wird, wie Professor Siegeri-Chemnitz, der deutschnationalen Landtagsabgeordnete, ausführte, auf Landes- und Reichsregierung nachhaltig wirken zur Geltung des deutschen Vaterlandes.

Sächsische Volkstammer

Dresden, 26. 6. Die heutige Sitzung des Landtages begann mit einer Erklärung des Ministerpräsidenten Heibitz zu der Unwetterkatastrophe in der Oberlausitz.

Der Schaden, der allein in Wilsch angedichtet wurde, betrage über 1 Million Mark. Da die Gemeinden kein Geld hätten, um die nötigen Arbeiten vorzunehmen, habe er 1500 Mark aus dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur sofortigen Verteilung an die Beschädigten überweisen und dem Bürgermeister außerdem 3000 Mark ausgedrückt, um die dringlichsten Arbeiten zu leisten. Ohne fremde Hilfe könne die betroffene Gemeinde den Schaden nicht decken. Deshalb sei es Pflicht der Regierung, dessen einzusetzen. Dem Landtag werde alsbald eine entsprechende Vorlage zu gehen. Eine lange Aussprache seitige sodann die Vorbereitung des von der Regierung vorgelegten Wahlrechtsentwurfes. Alle Parteien erklärten sich im wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden, gaben aber dem Rechtsausschuß, an den der Entwurf schließlich verwiesen wurde, verschiedene Abänderungswünsche kund. Nach kurzer Aussprache fand der Gesetzentwurf, der die Ruhegehälter der Minister neu regelt, in der Fassung der Ausschussmehrheit Annahme. Danach wird künftig ein Minister, der volle 4 Jahre sein Amt inne gehabt und beim Ablauf des Lebensjahrsgebirges das 60. Lebensjahr vollendet hat, Pension erhalten. Das Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 57 gegen 22 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden rasche Entscheidung. Neben einer deutschnationalen und einer kommunistischen Anfrage kamen mehrere Kapitel des obigen Etats zur Beratung, deren Einstellungen ohne wesentliche Aussprache unverändert genehmigt wurden. Nächste Sitzung Dienstag, den 1. Juli.

Inland und Ausland

Ein kommunistischer Stadtrat verhaftet. Der kommunistische Stadtrat Dör in Berlin ist nach Schluß der Bezirksverordnetenversammlung Wedding von Beamten der Kriminalpolizei verhaftet worden. Gegen Dör ist vom Staatsgerichtshof ein Verbot wegen Hochverrats erlassen worden; die Festnahme erfolgte auf Grund eines Hoffbefehls des Oberreichsanwalts. Sie ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich, da Dör seinen Beamten zu besetzen suchte, so daß weitere Beamte zur Ausführung des Hoffbefehls in Tätigkeit treten mußten.

Dr. Otto Brandt f. Dr. Otto Brandt, das erste geschäftsführende Mitglied des Deutschen Industrie- und Handelslages, ist in der Nacht vom 24. zum 25. Juni 1924 nach einer schweren Operation gestorben.

Das Bestehen des österreichischen Bundeslagers ist in jeder Hinsicht ein befriedigendes. Mittwoch konnte er zwei Maßregeln außer Kraft einnehmen. Ueber das Bestehen des Spitals sind noch keine Entscheidungen getroffen. Als Widmung für den Wohltätigkeitsfond, der mit dem Titel „Anstalt Blumen für den Bundeskanzler“ überschrieben ist, sind bis 18 Millionen Kronen eingegangen.

Vor Neuwahlen in Dänemark. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Danneberg, Stauning, brachte in mehreren politischen Sitzungen zum Ausdruck, daß es aller Voraussicht nach die zum nächsten Frühjahr, etwa schon im Herbst, zu Neuwahlen kommen wird, falls der Landtag sich den Währungsreformplänen der Regierung widersetzen sollte.

aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 27. Juni 1924.

† Siebenhölzer. Der heutige 27. Juni ist ein trübsamer Tag erster Ordnung: Wenn es an diesem Tage trübe regnet, es dann nicht weniger als sieben Wochen lang. Man nennt das einen „Siebenhölzer“, und es gibt Menschen, die daran glauben, obwohl die Meteorologen sich alle erdenkliche Mühe geben, solchen Glauben als Irrtum zu erweisen. Im protestantischen Kalender heißt der 27. Juni Siebenhölzer. Es knüpft sich an ihn die Legende von sieben Heiligen, die sich während einer Christenverfolgung in einer Höhle bei Ephesus verborgen und, darin eingeschlossen, in Schlaf verfielen, aus dem sie erst 200 Jahre später erwachten. Was das aber mit einem siebenwöchigen Regen zu tun haben soll, ist unerfindlich. Man kann die Entwicklung spekulativ ruhig abwarten. — Hebrigens war der heutige Tag ja auch ausgesprochen freundlich.

† Eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen veranstaltete der Frankfurter Sängerbund am kommenden Sonntag vormittag 11 Uhr am Ehrenmal im Parkhof. Die Angehörigen der Gefallenen sind dazu besonders herzlich eingeladen. Der Bund wird eine Reihe himmelsvoller Chöre zum Vortrag bringen.

† Die Gaslehrertrage am letzten Donnerstag im „Schützenhaus“ dürfen als ein jeder Haushalt interessierendes Thema bezeichnet werden. Die Vortragende, Frau GIBB, führte in vorzüglicher anschaulicher Weise die praktische Verwendung des Gases im Haushalt vor, machte auf die Fehler, die bei der Verwendung des Gases begangen werden, aufmerksam und zeigte somit unter Verwendung neuer Apparate und Kochanordnungen mit wie wenig Gasverbrauch die Herstellung schmackhafter Speisen erfolgen kann. Die während des Vortrages hergestellten Speisen, sowie die in hierfür besonders geeigneten Backformen hergestellten Kuchen gelangten an die Besucher zur Verteilung. Die Verwaltung der Schützenvereinsbetriebe hat in einem getrennten Raum eine Ausstellung von Koch- und Backeisen und weiterer Haushaltungartikel der Gas- und elektrischen Branche bereitgestellt. Es sollte darum jeder Frau und jedes Mädchen den heute Freitagabend Rat finden den letzten Vortrag und die Ausstellung besuchen, um die von der Technik geschaffenen Neuerungen, sowie die praktische Verwendung des Gases im Haushalt kennen zu lernen. Aber auch den Männern ist der Besuch wärmstens zu empfehlen. Teller und Köffel sind mitzubringen. Ueber den Vortrag wird in der nächsten Nummer berichtet.

† Die nächste Tuberkulose-Sprechstunde für Frankenberg-Land findet Mittwoch, den 2. Juli 1924, nachmittags von 3-4 Uhr bei Herrn Dr. Bellmann, Humboldtstraße 18, statt.

† Der sächsische Index. Die Lebenshaltungskosten am 25. Juni betragen nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes mit Belohnung 1,129 Billionen, ohne Belohnung 1,077 Billionen. Mithin ist ein Rückgang gegenüber der Vorwoche um 1,1 bzw. 1,1 Prozent zu verzeichnen.

† Die Erholungsheime des sächsischen Militärvereins-Bundes, die schon so vielen alten Soldaten Erholung gebracht haben, sind in der letzten Zeit einer vollkommenen Inneneinrichtung unterzogen worden. Das Windisch-Haus, das auf der Höhe vor Dippoldiswalde liegt und sich durch seinen herrlichen Fernblick auf die Höhen von der sächsischen Schweiz bis zum Erzgebirge auszeichnet, hat auch seine neue Verwirklichung erhalten. Das Präsidium des sächsischen Militärvereins-Bundes nahm unter Führung seines Präsidenten Dr. Hoop am 20. Juni eine Besichtigung des Heimes vor und hofft, daß nunmehr recht viele Kameraden aus dem Lande von dem Aufenthalt in diesem schönen Heim Gebrauch machen. Auch das Frau v. Alda-Gaus, in Laute der Frau v. Erg. ist neu vorgerichtet worden. Die Vorrichtungarbeiten beider Heime leitete das Bundespräsidium, abgesehen Herr Baumeister Reinhold, dem in der Person der Herren Baumeister Borch-Dippoldiswalde, Malermeister Kamm-Dresden, Baumeister Hölzel und Mädel-Lauterbachige Ausführer zur Seite standen. Die Verpflegung in den beiden Heimen ist eine erstklassige. Die köstliche Gedächtnisluft kräftigt die ermüdeten Nerven, so daß alle Gewähr für einen ereignisreichen Urlaub durch den zuständigen Militärvereinsvorsitzer bei der Geschäftsstelle des sächsischen Militärvereins-Bundes, Dresden-W. 1, Straußstraße 31, sofern nicht alle Mühe im Heim durch Militärvereinsmitgliedern befestigt sind, können auch Nichtmitglieder Aufnahme finden.

† Verbotene Einmischung in politische Amtshandlungen. Aus Dresden wird gemeldet: Es hat in letzter Zeit bedauerlicherweise mehrmals festgestellt werden müssen, daß sich unbetheilte Personen in die Amtshandlungen der Polizeibeamten einmischen und durch Jurist oder abfällige Bemerkungen das Eingreifen der Beamten zu hindern versuchen. Es wird darauf hingewiesen, daß jedes unbetheilte Einmischen unzulässiger Personen in die dienstliche Tätigkeit der Polizeibeamten streng untersagt ist und mit Geldstrafe oder Haft geahndet wird. Die

dean war nicht beide Herren gesehen hat, was es für unmöglich, daß sich zwei Menschen so ähnlich sehen können.“

„Ja, hätte es für möglich gehalten, Herrmann,“ erwiderte Gertha. „Hätten Sie doch nur den Mut gefunden, mir von dem Vorfall zu erzählen!“

„Dann müßten Sie beide gesehen haben!“ rief der Steward aus. „Denn wirklich — sie sind nicht zu unterscheiden.“

„Ja, ich habe beide gesehen!“ sagte Gertha beinahe freudig. „Und ich will Ihnen gern die Zeitlinie und das Unrecht verzeihen, das Sie in Southampton begangen haben, Herrmann, für den unschätzbaren Dienst, den Sie mir jetzt leisten.“

„Lassen Sie sich dann an die von dem Wehrten ganz verwirrt alte Dame, ich kann Dir im Augenblick nicht alles erklären, es würde zu weit führen. So viel mir kann ich sagen, daß die Worte unseres jungen Freundes mit die Geheißnisse erklärt haben — und, dafür sei Gott besonders Dank, daß der arme Herr, den wir an Bord haben, nicht Wolfgang, nicht mein Gatte ist.“

Tante Annas Augen wurden rund wie Wagnerräder, und auf ihren Lippen dämmerte auch nicht das leiseste Verständnis auf. Das einzige, zu dem sie sich schließlich aufwachte, war die zaghafte und unglückliche Frage:

„Dann ist es nicht der Mann, der mich alte Katze genannt hat, den Du geheiratet hast?“

„Nein, Liebste,“ erwiderte Gertha lachend und küßte die Matrone häßlich.

„Dafür wollen wir Gott danken, mein Kind,“ sagte Tante Anna freudlich. „Denn — daß ich ganz offen sein soll — ich hätte es niemals bewundern, wenn es wirklich Dein Gatte gewesen wäre, der mich mit diesem Tier verglichen hat. Wenigstens!“

Wolters triumphierend hatte sie das Wort wiederholt. Dann aber fragte sie:

„Nun sage mir doch nur, wer ist denn eigentlich Burchardt, und wer ist Paul von Randow?“

Wolters Augen gingen an dem Gesicht der jungen Frau, und er schien die Antwort gleichsam von ihren Lippen zu trinken. Gertha begriff seine Spannung wohl, und sie beizte sich daher zu sagen:

„Der rechte Name meines Gatten ist Wolfgang Burchardt — und er ist mein Gatte rechtlich und nach meiner eigenen Wahl. Der Mann aber, der durch einen Irrtum an Bord kam und Dich und mich insuliert, heißt Paul von Randow — der offenbar aus dem Krankenhaus, das er nie hätte verlassen dürfen, entkommen ist.“

Der junge Steward preßte beide Hände auf die Brust und atmete tief auf.

„Dafür will ich dem Himmel mein Leben lang dankbar sein,“ sagte er schlicht. „Es hat mir so eben — einen Stütz gegeben, als ich gestern diesen Namen hörte — den Namen, der —“

Er beherrschte sich und sprach den Satz nicht zu Ende. Gertha begriff seine Freude wohl, und es empfand sie, daß nur die Verheiratung und Liebe, die er für sie empfand und in der Rawität seiner Jugend offen zur Schau trug, die Ursache dieser Freude war. Er war allzuviel darüber, daß nicht ein Mann, den er als einen Schmeichelei ansah, sie war der Mann, der das schwerste Unglück in seine Familie getragen hatte.

„Wenn Ihre beide Grund zur Dankbarkeit habt, so habe ich ihn in viel höherem Maße,“ sagte sie. Und gegen ihre Tante gemeldet, fuhr sie fort:

„Du wirst entschuldigen, Liebste, wenn ich Dich jetzt verlasse. Ich muß ein wenig allein sein.“

Nicht mehr Schmerz und Verwerfung war es, was sie erfüllte, als sie an der Tür vorüber ging, hinter der Randow schreie und tobte, sondern nur ein tiefes Mitleid. War er im letzten Grunde doch mehr zu bedauern als zu verurteilen — man konnte ihn nicht verantwortlich machen für das Schicksal, das er in seiner geistigen Unmündigkeit beging.

„Hinter auf dem Deck, wo sich augenblicklich niemand aufhielt und nichts sie hindern konnte, ging sie langsam auf und ab. Ruhte sie doch mit sich ins reine kommen, ehe sie weitere Entschlüsse faßte.“

Es war offenbar, daß der Mann, der ihr Gatte war nach dem Gesetz und, wie sie sich freudig eingestand, auch nach der Stimme ihres Herzens, sie belogen hatte. Was aber hatte ihn dazu gebracht?

Sie rief sich ihre Dresdener Zusammenkunft wieder ins Gedächtnis. Und mit wehrwürdiger Deutlichkeit vermochte sie sich des Verlaufs ihrer ersten Unterredung zu erinnern.

Sie wußte mit einem Male wieder, daß er sie zuerst mit einem förmlichen „Sie“ angeredet hatte, und daß die Form, unter der er sie begriffte, auch dann hätte vollkommen korrekt werden müssen, wenn er nur ein oberflächlicher Bekannter gewesen wäre. Und sie wußte nicht weniger bestimmt, daß sie es gewesen war, die ihn mit dem traulichen „Du“ angeredet hatte — und das Blut der Verwirrung stieg ihr in die Wangen, die blaß und schmal geworden waren, da sie davon dachte, wie heiß und innig sie ihn geküßt.

Dienstbeamten sind angewiesen worden, alle Personen, die ihnen in vorstehender Form ihre Anwesenheit...

Einladung der Rentendirektoren. Die am 1. Juli...

Vertriebsabteilungen in Sachsen. Wie die sächsischen...

Wanger Sommer in Qualität? Während die Juni...

Witwen. Die feuchtwarmer Witterung hat das Wachst...

Oberflächen. Schulungsabteilungsbericht. Kenntnis...

Waldheim. Am dem oberhalb der Holzbrücke gelegen...

Döbeln. Bei der Wahl zum Reichstag der Amts...

Golditz. Seit dem 16. Juni wird der aus hiesiger Gegend...

Blauen. Der Rat hat beschlossen, dem Kaufangebot...

Turnen, Sport und Spiel

Der Turnverein D. T. hielt kürzlich im „Raisersaal“ seine...

Bereits herrscht stilles Leben und reger Turnbetrieb, so daß...

Fußball. Merkur. Die 1. Fußball-Mannschaft spielt am Sonntag...

Aus der Filmwelt

Die Apollo-Bühnen haben für die kommenden 3 Tage...

Welt-Theater. Von Freitag bis einschließlich Sonntag...

Bereinsangelegenheiten. Freie Volkshöhle. Das ist die Freie Volkshöhle...

Eingefandt. Rücksichtslosigkeit der Autos- und Radfahrer...

Aus aller Welt

Wahr Vorsicht beim Abstoßen im Walde. Die Waldbrände...

Handel

Berliner Börse vom Donnerstag. Der Bedarf in ausländischen Zahlungsmitteln zeigt in...

Ämtliche Devisen-Notierung

Table with columns: Devisen (in Billionen Mark), 29. Juni, 26. Juni. Rows include New York, London, Amsterdam, etc.

Aus dem Geschäftsleben

Sommermesse im Kaufhaus Schöden. Nach zehnjähriger...

Kirchennachrichten

2. Sonntag nach Trinitatis. Frankfurt. S. 1/9 Uhr Predigt, Christ. Gemein....

Nach Mediationsstich eingegangene Meldungen

Das Schicksal der Arlequinsleiche. Berlin, 27. 6. Amlich wird mitgeteilt: Die neue Bewertung...

Die Deutschnationalen Vertreter beim Reichskanzler. Berlin, 27. 6. Bei dem heutigen Empfang der Deutschnationalen...

Die Aufnahme der Erklärungen Herrlots. Paris, 27. 6. Die Zurückhaltung, die Herrlot hat in seinen...

Höck wieder in Paris. Paris, 27. 6. Der deutsche Volschaker v. Höck ist gestern...

Advertisement for 'Nur das echte PROETKER'S BACKPULVER "Backin"'. Includes text: 'muß die Hausfrau beim Einkauf fördern', 'dann hat sie beim Backen stets Erfolg', and a list of ingredients.

